

Drei Fragen:

Sind Bankkaufleute Mörder?

Sind Banken Geldfälscherbanden?

Haben Bankkauffrauen und -männer eine falsche Ethik?

< Impuls-Papier zur Selbst-(Er-)Klärung eines Berufsstandes >

von

Tristan Abromeit

Ergänzungstext 41.2

September 2006

www.tristan-abromeit.de

Ich habe im Haupttext auf die 39. Mündener Gespräche mit dem Thema „Kontroverse um die Geldschöpfung“, die am 23./ 24. 9. 2006 stattfanden, hingewiesen und die dort aufgetretenden Referenten und ihre Themen an Hand der Einladung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft vorgestellt. Vom Haupttext spreche ich deshalb, weil es daneben noch den Anhang gibt.¹

Ich habe an diesen Mündener Gesprächen (die ursprünglich bei Hann. Münden gestartet wurden, dann unter anderem in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen stattfanden und nun in der Tagungsstätte Reinhardswaldschule vom hessischen Amt für Lehrerfortbildung stattfinden) teilgenommen.

Ich finde es sehr wesentlich, daß Menschen, die an einem Sachthema arbeiten und in der Republik verstreut leben, sich gelegentlich persönlich kennen lernen und erleben. Es ist auch erstaunlich mit welcher Intensität und Konzentration die Teilnehmer den jeweiligen Referenten mit sehr unterschiedlichen Ansichten folgten. Ich schätze die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lag bei 70 Personen. Da nicht alle, die etwas zu sagen hatten, in den Diskussionsblöcken zu Wort kamen, gingen die Diskussionen beim Essen und spät abends beim Bier

¹ Da ich weitere mir wichtige Texte für den Anhang habe, die Dateien aber für das Internet möglichst klein haben möchte, bekommt der bisherige Anhang die Ziffer „I“ und der weitere die Ziffer „II“. Die ganze Arbeit besteht also aus dem Haupttext, dem Ergänzungstext und zwei Anhängen. Das ist aber nicht als eine Rangfolge zu verstehen. Die Bemessung der Bedeutung geht vom jeweiligen Leser aus.

oder Wein weiter. Erfreulich war, daß Prof. Bernd Senf spät abends mit anderen Liedern von Bob Dylan u.a. singend und auf der Gitarre spielend die Gemüter erfreut hat.

In die Bewertung von Vorträgen fließen ja unterschiedliche Komponenten ein. Ich denke an a) die Informationsfülle, b) an die Unterhaltsamkeit und an c) den Erkenntnisgewinn. In Bezug auf a) und b) konnten nach meiner Wertung alle in verschiedener Weise punkten. Mit dem Erkenntnisgewinn ist es in Bezug auf die verschiedenen Deutungen und Klärungsversuche zum Thema der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken nicht so eindeutig. Jede Teilnehmerin, jeder Teilnehmer der hier urteilt, nimmt natürlich Bewertungen von „Wahrheiten“ vor. Leicht liegt die oder der Urteilende mit seinem Urteil daneben. In einer Pause wurde auch diskutiert, ob alte ins Gedächtnis eingeprägte Bilder ² von einer Sache einen daran hindern, die Bedeutung und Richtigkeit von neuen Bildern zu erkennen und zu verstehen. Mir ist diese Gefahr bewußt. Trotzdem konnte ich in Bezug auf die Beweisführung nur dem Referenten Helmut Creutz meine Wertung „richtig“ erteilen. Da mir der Text seines Referats nicht vorliegt, werde ich in den Anhang II zum vorliegenden Text den bereits veröffentlichten Beitrag „Geldschöpfung der Banken? - Warum die Klärung der Frage wichtig ist“ von Helmut Creutz aus der Zeitschrift für Sozialökonomie, 147. Folge und den Leserbrief „Geldschöpfung der Geschäftsbanken“ von Thomas Fuchs, Vorstandsvorsitzender einer Raiffeisenbank, in der 149. Folge der Z.f.SÖ einfügen.

Von Prof. Dr. Peter Rühmann, der den unangenehmen Part der konventionellen Darstellung der Giralgeldschöpfung aus volkswirtschaftlicher Sicht übernommen hatte, kann ich an dieser Stelle auf keine von ihm verfaßte schriftliche Darstellung des Sachverhaltes verweisen. Der Rückgriff auf gängige Lehrbücher der VWL genügt aber auch. Professor Dr. Bernd Senfs Gedankengänge können in etwa in seinem Buch „**Der Nebel um das Geld**“, 1996, und neueren Titeln nachgelesen werden. Von Bernd Striegel, Jg. 1969, Dr. rer. nat., Poymerchemiker - also ein Außenseiter -, liegt mir der Titel „**Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens**“, 2004, 597 Seiten, vor. Wenn Striegel genauso lebendig schreibt, wie er vorträgt, dann muß das Buch ein Lesevergnügen sein.

Mit dem Thema „Die Bedeutung Giralgeldschöpfung in der Bankpraxis“ hat sich das Vorstandsmitglied der GLS-Gemeinschaftsbank, Bochum, Gerhard Waterstradt an dem Klärungs-

² Besonders solche Bilder die selbst erarbeitet wurden.

versuch beteiligt.³ Seine Antwort zu der Frage, ob die Banken Giralgeld schöpfen können, war: „Keine Bedeutung!“. Korrekterweise sagte er, für die Bank sei Geld gleich Geld. In der Buchführung und in der Bilanz würde kein Unterschied gemacht, ob es sich um Geld oder Giralgeld handelte. Die Zahlen in Bilanz seien in Geld ausgedrückte Werte. In seiner Demonstration hat Waterstradt die zusammengefaßten Zahlen der GLS-Bank Millionen-Einheiten auf die Tafel geschrieben. Nun kamen die Zweifler an seinen Aussagen auf die Idee zu fragen, ob die Nichtschöpfung der GLS-Bank von Giralgeld vielleicht damit zu tun hätte, daß es sich bei ihr um eine relativ kleine Bank handelte. Das halte ich selber für Unsinn. Hätte man auf die dargestellte Bilanz statt „in Millionen“ in „Milliarden“ geschrieben, hätte sich doch nichts geändert. Auch wenn man die Geldvermehrung in bestimmten Geschäftsvorgängen vermutet, muß es egal sein, ob diese 100-, 1000- oder 10.000-fach vorkommen.

Unter den Teilnehmern war auch André Presse. Er ist Assistent von Prof. Götz W. Werner, der sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzt. Siehe Einschub II.

In einer verfahrenen politischen und ökonomischen Situation, wie der unseren, ist es durchaus sinnvoll, Lösungsmodelle der verschiedensten Art zu entwickeln (und wenn möglich auch auszuprobieren), um zu einer Optimierung unserer Ökonomie zu kommen. Es ist aber durchaus ökonomisch oder rational gedacht, bei der Entwicklung von Modellen, erkennbare Denkfehler nicht als Bausteine zu benutzen.

Das Modell des Bürgergeldes oder voraussetzungslosen Grundeinkommens geht davon aus, daß die bezahlte Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft weiter abnimmt und auch Modelle mit Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich abbauen können. Es gibt aber genug Arbeit im kulturellen und sozialen Bereich, die heute liegen bleibt, weil sie nicht bezahlt werden kann. Das Grundeinkommen soll nun die Menschen ohne reguläre Erwerbsarbeit in die Lage versetzen, diese Arbeit nach eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten zu übernehmen. Wenn dieser Weg zum Erfolg führen würde, hätten wir ein von Marx formuliertes Ziel des Kommunismus über einen anderen Wirkungszusammenhang erreicht. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Es spricht einiges dafür, daß dieses Modell begrenzte Erfolge erzielen könnte. Ich bin ein Beispiel dafür. Ich habe in meiner (wenn auch schmalen) Rente mein

3 Da Waterstradt auch für die Vorstellung der GLS-Bank vorgesehen war, kam es aufgrund eines Regiefehlers im Ablauf zur Verwechslung der Themen und aufgrund von Interventionen aus dem Publikum zur Vermischung der Themen. Abgesehen von einer kurzfristigen Irritation des auf das Programm fixierten Publikums, hat es den Aussagen von Waterstradt aber nicht geschadet.

beitsloser seine Chance bekäme und die volkswirtschaftliche Bilanz sich dadurch nicht änderte, habe ich mich für „arbeitslos“ entschieden. Es folgte eine Zeit des intensiven Arbeitens mit dem „Grundeinkommen“ Arbeitslosengeld. Aber damals ging dieses Modell zu Lasten meiner damaligen Frau und heute zu Lasten der heutigen Frau, die sich in der regulären Arbeit krumm machen mußte bzw. machen muß und für die sich die biblische Botschaft „Du sollst Dir im Schweiße Deines Angesichts Dein Brot verdienen“ als wahr erwies bzw. erweist.⁴ Das Modell, das ich als Arbeitsloser gelebt habe und als Rentner lebe, ist ja kein Einzelfall, sondern ist sicher x-tausendfach feststellbar. Aber auch wenn das Modell des generellen Grundeinkommens nicht mit dem geschilderten Arbeitslosen- oder Rentner-Modell identisch ist, es bleibt die Tatsache, daß die laufenden Zahlungen in allen Fällen aus dem Arbeitseinkommen derjenigen finanziert werden muß, die eine reguläre Erwerbsarbeit haben. Zu der kapitalistischen Ausbeutung käme noch eine „sozialistische“. (Man kann auch im Hinblick auf das soziale Netz als Zwangs- oder Zentralverwaltungssystem sagen, daß dieses nur um- und ausgebaut würde.) Unter der gegebenen Währungsverfassung ist es nämlich eine Illusion, das Kapitaleinkommen in wesentlicher Höhe zur Finanzierung des Grundeinkommens heranzuziehen.

Die Schwäche der Grundeinkommen-Idee liegt in der Annahme, daß der überwiegende Teil der Menschen ohne reguläre Erwerbsarbeit freiwillig eine gesellschaftlich nützliche Gegenleistung für das Grundeinkommen erbringen würde. Die Erfahrungen aus den ehemaligen sozialistischen Ländern sprechen dagegen. Für sich selber strengen die Menschen sich an, für das öffentliche Wohl auch? „Warum ich?“ „Sollen es doch die anderen machen!“ „Ich habe keine Zeit!“ Der notwendige Leistungswettbewerb würde durch einen Wettbewerb der Faulheit⁵ abgelöst. Und noch etwas, was leicht übersehen wird, weil diejenigen, die darüber nachdenken, oft noch nicht in der Situation gewesen sind. Das Selbstwertgefühl der Menschen wurde in der Vergangenheit und wird noch heute vielfach von dem Status und dem Einkommen, den man (sie oder er) in der Erwerbsarbeit erreicht hat, abgeleitet. Wer keinen ausreichenden Ertrag aus der Erwerbsarbeit nach Hause bringt, keine akzeptable Stellung in ihr erreicht, ist ein Mensch mit einem Minus – häufig aus der Sicht der Betroffenen selbst und auch in der Fremdbeurteilung. Subventionierte Arbeit hat in Bezug auf das Entgelt und die Stellung den Charakter der Armenpflege oder Behindertenfürsorge.

Zweifellos gibt es heute viel Arbeit, die nicht erledigt wird. Warum macht man sich nicht

4 Die zusätzliche Belastung durch die Familie bleibt für eine erwerbstätige Mutter doch erheblich.

5 Faulheit hier nicht im Sinne von Muße (Lafargue: Das Recht auf Faulheit), verstanden, sondern im Sinne von „Hab keine Lust, mich für andere krumm zu machen!“

mehr Gedanken darüber, warum sich hier keine Märkte bilden, die eine Nachfrage mit dem Angebot zusammen bringen? Das marktwirtschaftliche Modell ist nicht nur geeignet für eine Agrar- oder eine Industriegesellschaft, sondern auch für ein Kulturgesellschaft (in der der Arbeitsaufwand für den Lebenserhalt auf ein Minimum reduziert werden konnte). Mir wurde gesagt, daß das Grundeinkommen ja Märkte erschließen würde, wie zum Beispiel das Bildungsguthaben für den Bereich der Bildung. Das Bildungsguthaben und die Freigabe der Bildung aus dem Zwangsverwaltungssystem würde in der Tat der Gesellschaft den viel beschworenen und ersehnten Schub und auch neue Arbeitsplätze geben. Aber das Bildungsguthaben als Teil des Kinder-Versorgungs-Geldes würde nur befristet bis zum 18. oder 21. Lebensjahr gezahlt und dient vor allem auch zum Ausgleich der kapitalistischen Verformung des Leistungseinkommens und des Vermögens. Gegen ein Grundeinkommen für alle - also auch für jene mit einem Einkommen aus Erwerbsarbeit - aus der abgeschöpften, unvermeidbaren Grundrente, wäre nichts einzuwenden, weil sie dem Gleichheitsgrundsatz stützt und die Ausstattung der Menschen mit gleichen Chancen fördert.

Ich bin auf dieses thematische Nebengleis auch eingegangen, weil es mit dem Geldthema verquickt ist. Alleine schon, wenn einem vorgerechnet wird, mit wie viel Prozent Inflation wir bei einer Anhebung des Steuersatzes von x % zur Finanzierung des Grundeinkommens zu rechnen hätten, fragt man sich, wo denn die Logik der Quantitätstheorie da bleibt. Denn eine Steuererhöhung kann – wenn die Notenbank kein zusätzliches Geld in den Umlauf bringt und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sich nicht ändert – nur die mit Geld unterlegten Verfügungsrechte über Güter im Markt vom privaten Sektor auf den Staatssektor verschieben. Das kann Veränderung des Preisgefüges mit sich bringen, aber nicht das Preisniveau ändern. Diese Aussage gilt auch in Bezug auf die Ölpreise, die angeblich in ihren Schwankungen inflationäre oder deflationäre Wirkungen haben.

Zurück zu den 39. Mündener Gesprächen mit dem Giralgeldschöpfungsthema. Ich denke die meisten Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind mit dem Gefühl, eine anregende Tagung hinter sich zu haben, nach Hause gefahren. Aber die Einschätzung: „Es ist alles unklar geblieben.“, dürften die meisten auch wohl teilen. Eine Bedingung für eine bessere Ergiebigkeit im Sinne einer Klärung und Lösung des Problems „Giralgeldschöpfung“ scheint mir zu sein, daß die Teilnehmer sich vorher in der Technik und Grundsätze der doppelten Buchführung kundig machen. Eine andere Bedingung wäre, daß die gedanklichen Geldoperationen der Referenten und Diskutanten von der Buchführung mächtigen Teilnehmern gleich in Bu-

chungssätze umgesetzt und an großen Tafeln dokumentiert wird, so daß in der gleich darauf folgenden Rekapitulation überprüft werden kann, ob das Gesagte Sinn oder Unsinn ergibt. Die Schwierigkeiten in oder mit der rein abstrakten Erörterung währungstheoretischer Themen haben Karl Walker ja dazu gebracht, das im Hauptteil erwähnte volkswirtschaftliche Planspiel zu entwickeln. Es ging ihm auch darum, die Güterseite des ganzen Geschehens sichtbar zu machen. Da damals die ersten Computer auch in Firmen installiert wurden, hat man ihm angeboten, daß Planspiel auf den PC zu übertragen. Er hat es aus guten Gründen abgelehnt, weil dann wieder die Unmittelbarkeit der Wahrnehmung verloren gegangen wäre. Die Arbeit mit diesem volkswirtschaftlichen Planspiel ist aber kein Wochenendvergnügen, sondern Arbeit. Es hätte verdient gehabt, in der Berufsbildung im kaufmännischen Bereich wie auch in entsprechenden Seminaren und speziellen Arbeitsgruppen der Hochschulen zum Einsatz zu kommen. Statt dessen sind die halbfertigen Exemplare auf der Abfallhalde gelandet. Es bestehen aber noch ein paar Exemplare, so daß sie reproduziert werden könnten. Das Planspiel kann natürlich nicht die Wirklichkeit ersetzen, sondern sich ihr nur nähern. Es erhielt auf der 14. Internationalen Erfindermesse eine Bronze-Medaille. Ich denke das ist viel, bei dem herrschen Unverständnis gegenüber Währungsfragen. Ich füge dem Anhang die Abbildung eines Prospektes bei.

In der Diskussion stellte u. a. Prof. Rühmann die Frage, wie es denn um das Buchgeld bestellt wäre, wenn sich das Geld vom Stoff- über das Papier- zum reinen Buchgeld entwickeln würde. Das ist kein Problem, denn dann würde das „Buchgeld“ / „Giralgeld“ wirklich von der Kundeneinlage zu Geld mutieren. Es wären Konten, die um keinen Cent überzogen werden könnten, die Notenbank bliebe Herr des Geldvolumens und sie könnte relativ leicht den Umlauf – als Voraussetzung eines stabilen Geldes und der Vollbeschäftigung – sichern. Silvio Gesell hat diese Möglichkeit schon vorgedacht und einen Beitrag dazu unter dem Titel „Der Bargeldlose Verkehr“ verfaßt. Dieser Beitrag war nach Gesells Tod in seinem Hauptwerk, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* eingefügt worden. Karl Walker hat den Beitrag in der neunten Auflage von 1949 wieder herausgenommen und in den Anhang gestellt, weil er den Beitrag für anfechtbar hielt. (Siehe dazu seine Einführung zur 9. Auflage, Seite 11.) Als ich vor Jahren den Beitrag im Anhang gelesen habe und dazu Walkers Bewertung zur Kenntnis nahm, da habe ich gedacht, „Walker hat nicht erkannt, daß Gesell nicht den Giroverkehr beschreibt, sondern wirklich ein echtes Buchgeld“. Aber jetzt lese ich in Walker Buch „Das Buchgeld“ von 1951, daß er zu diesem Zeitpunkt sich im Klaren war, was Gesell in seinem in den Anhang gewanderten Beitrag beschrieben hatte. Er schreibt nämlich dort, wenn

man das Modell Buchgeld als echtes Geld einführen würde, dann würde sich ganz automatisch ein zweite Kategorie Buchgeld im Sinne kurzfristigem Kapital einbürgern für das eine mengenmäßige Kontrolle nicht möglich wäre. Mir scheint das ja auch logisch, denn sparen wären auf den Konten mit echtem Buchgeld nicht möglich und das Horten soll dort ja unterbunden werden. Diese Aussage kann helfen, das heutige Girogelder als Kapital / als Einlage oder auch als Kredit zu erkennen.

Um die hier im Ergänzungstext erwähnten selbständigen Fremdtexzte bzw. Auszüge für den Anhang vorzubereiten, war ich auf der Suche nach einer guten Druckvorlage für Gesells Beiträge für echtes Buchgeld und „Buchgeld“, um den Korrekturbedarf nach dem Einscannen zu verringern. Dabei bin ich auf eine Aussage von Gesell gestoßen, die ich schon länger vertrete und die auch bei Helmut Creutz in seinem Vortrag vernommen habe. Gesell verweist auf den Zusammenhang zwischen den Entwicklungsstand des Giroverkehrs, der Geldmenge und der Preisniveaustabilität. Auf eine ähnliche Aussage bin ich auch in den „Grundfragen der Volkswirtschaftslehre“, o.J. ⁶ von Herbert K. R. Müller gestoßen. Auch diese Darstellung werde ich in den Anhang stellen.

Es ist auch ein Mangel in aktuellen Diskussionen, daß immer zu wenig bekannt ist, was schon vorher durchdacht und erdacht wurde. Es gibt zwar das Archiv für Geld- und Bodenreform, das jetzt in die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verlagert wird. Dieses Archiv hat im wesentlichen Werner Onken, der Redakteur von der *Zeitschrift für Sozialökonomie*, der selbst in Oldenburg Ökonomie studiert hat und dessen Vater Rendant einer Genossenschaft war, aufgebaut. Dieses Archiv ist aber personell völlig unterbesetzt. Es ist also noch der Entwicklungsschritt von dem sammelnden und verwahrenden Archiv zum lebendigen Archiv, das jederzeit Daten aus der Vergangenheit für die jeweils aktuelle Diskussion „ausspucken“ kann, zu vollziehen. Hier könnten Sparkassen- und Genossenschafts-Stiftungen und -Fonds finanzielle Entwicklungshilfe zum eigenen Nutzen leisten. Keine andere Gruppe hat wohl in den letzten hundert Jahren das währungspolitische Zeitgeschehen so intensiv verfolgt wie die freiwirtschaftliche, die die Vollendung der Marktwirtschaft anstrebt.

Am 29. September 2006 kam Post vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Es geht um die Öffentliche Petition Nr. 8 von Adolf Holland-Cunz deren Inhalt und Begründung wie nachfolgend wiedergegeben lautet:

⁶ Die Broschüre, 71 Seiten, ist vermutlich Anfang der 60er Jahre erschienen.

Mit der Petition wird eine gesetzliche Regelung gefordert, mit der Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) besser zur Geltung verholfen werden soll, indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich z.B. durch eine konstruktive Umlaufsicherung gestoppt werde.

Begründung:

Der deutsche Staat hat Eintausendvierhundert (1 400) Milliarden Euro Schulden und muss dafür ca. 80 Milliarden Euro Zinsen zahlen. Die Wirtschaft hat noch einmal doppelt so viele Schulden und immer mehr Privathaushalte sind überschuldet. Die Guthabenzinsen, die die Gläubiger erhalten, fließen zu 96% an die reichere Bevölkerungshälfte, 47% an die reichsten 10%, wobei die 200 000 Superreichen nicht mit erfasst sind (Fairconomy 1/2005). So wandern jährlich über 300 Milliarden Euro, mehr als der Bundeshaushalt, von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Zinsen werden von allen gezahlt, anteilig mit den Steuern und stecken in den Preisen aller Wirtschaftsgüter. Bedient werden damit die Eigentümer großer Anlagevermögen. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich, viel mehr als die Einkommensteuerprogression und die Zinsabschlagsteuer ausgleichen.

Das Zinsgeldsystem verletzt das Grundgesetz, da es eine Minderheit fördert und die Allgemeinheit schädigt.

Hilfen dazu können gegeben werden von: Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. / www.cgw.de, Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung / www.inwo.de, und weiteren unserem Zinsgeldsystem kritisch gegenüberstehenden Gruppen.

Weil ich damals den Eindruck hatte, daß die Abgeordneten sich unter dem Begriff „Umlaufsicherung“ nichts Richtiges vorstellen können und auch deren Bedeutung deshalb nicht erkennen würden, habe ich auf 38 Seiten eine „Hilfestellung bei der Bewertung ...“ verfaßt und dem Petitionsausschuß zugeschickt. „Die Eingabe wurde von 2924 Mitzeichnern im Internet unterstützt. 70 Mitzeichner haben die Eingabe per Post unterstützt.“ So heißt es u.a. in dem Schreibend es Petitionsausschusses. „Im Ergebnis kann der Ausschuss keine parlamentarische Initiative im Sinne des Petenten in Aussicht stellen.“ ... So das Urteil des Petitionsausschusses. Ich weiß das Gefühl nicht genau zu beschreiben, das in mir hoch stieg, als ich die Post las. Ökonomische Blindheit der damaligen Parlamentarier hat die Weimarer Republik zu Grunde gerichtet. Die heutigen Parlamentarier sind genau so blind, wie die in der Vergangenheit. Meine Stellungnahme und die Entscheidung des Petitionsausschusses sind auf meiner Internet-Seite

unter Texte / Arbeiten unter der Nr. 37 einzusehen.

Die Umlaufsicherung des Geldes ist ökonomisch ein wichtiges Thema, weil ohne Umlaufsicherung weder die Preisniveaustabilität noch die Konjunktur mit Vollbeschäftigung stabil gehalten werden kann. Aber auch hier gibt es bei der Begriffsklärung noch viel zu tun. Ich habe ja schon im Haupttext angedeutet, daß „Umlaufgeschwindigkeit“ als Faktor in der Quantitätsformel als problematisch angesehen wird. Die „Umschlaghäufigkeit des Geldes“ oder der „Ausnutzungsgrad des Geldes“ treffen den Sachverhalt schon besser. Wer an diesem Thema arbeitet oder arbeiten und auch alte Quellen berücksichtigen will, kann auf das Heft 22 von „Währung und Wirtschaft“, St. Georgen, 1950/51 zurückgreifen. Es trägt den Titel >Sonderheft – Von der „Umlaufgeschwindigkeit“ des Geldes<. Ansonsten wünsche ich Entdeckerfreuden zum Thema Giralgeldschöpfung im Anhang II und mache mit einem Zitat von Prof. Linhardt aus Walker NEO darauf neugierig. TA

„... Der privat-wirtschaftliche Charakter der Kreditverhältnisse in der gewerblichen Wirtschaft ist unbestreitbar. Die privatrechtliche Regelung dieser Kreditverhältnisse ist hinreichend ... Ein Übergreifen des öffentlichen Rechts (Währungs-, Haushalts-, Kreditrecht) und der öffentlichen Verwaltung ... auf den Kredit überhaupt und die Erhebung des Kredits in den Rang von Angelegenheiten öffentlichen Interesses ist dem Wesen des Kredits abträglich. Es widerspricht seinem privatrechtlichen Ursprung, seinem privatwirtschaftlichen Inhalt, seinem individuellen Charakter und der Vertrauensbasis des Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses, es widerspricht überhaupt der Marktwirtschaft“.⁷

7 Fußnote im Original: 47) Hanns Linhardt: Kreditkontrolle, Essen 1954. S. 295.